Ä238 (Projekt) Europa vor Ort erfahrbar machen

Antragsteller*in: Anna Heyer-Stuffer (Potsdam KV)

Änderungsantrag zu 3.9-A

Von Zeile 1 bis 2:
Wir stehen zu Europa. Wir wollen Europa für die Brandenburger*innen erfahrbar machen. Dafür wollen wir in allen Regionen, vorzugsweise in den kreisfreien Städten und in den Kreisstädten, in zentral gelegenen Ladenlokalen Anlaufstellen, sogenannte „One-stop-shops“ einrichten. Hier stehen kompetente Ansprechpartner*innen zur Verfügung, die auf alle Fragen rund um Europa eine Antwort geben können, egal ob es sich um Fördermöglichkeiten oder Erasmusprogramme handelt. Die „One-Stop-Shops“ können auch die Funktion eines Willkommens-Centers für EU-Bürger*innen erfüllen, die sich in Brandenburg niederlassen wollen und einen Arbeitsplatz suchen. Sie bieten Hilfe bei allen notwenigen Formalitäten: bei der Anerkennung von Schul- und Berufsabschlüssen, bei der Vermittlung von Sprachkursen und Weiterbildungsmaßnahmen, bei Existenzgründungen oder Rechtsfragen.
~~Gleichzeitig wollen wir, dass die Brandenburger Kommunen in Brüssel besser vertreten sind. Deshalb wollen wir in der Landesvertretung in Brüssel eine Informations- und Kontaktstelle einrichten, die u.a. regelmäßig einen Newsletter herausgibt, um die Brandenburger Kommunen über alle europapolitisch relevanten Fragen und Ausschreibungen zu informieren. Wir wollen den Austausch zwischen Kommunalpolitiker*innen und Verwaltungsmitarbeiter*innen aus Brandenburg und den anderen Ländern Europas konsequent ausbauen und erleichtern. Daher setzen wir uns für den entsprechenden Ausbau des ERASMUS-Programms ein.~~Gleichzeitig wollen wir die Arbeit des Europäischen Ausschusses der Regionen besser für die Belange der Brandenburger Kommunen nutzen und die Informationspolitik vor allem durch die Landesvertretung sowie den Deutschen Städte- und Gemeindebund, in dem Brandenburg Mitglied ist, verbessern. Die bestehenden EU-Austauschprogramme für Verwaltungsmitarbeiter*innen wie z.B. ERASMUS staff mobility sollen konsequent ausgebaut und erweitert werden, um weitere Zielgruppen zu erschließen.

Begründung

Die Vertretung des Landes Brandenburg in Brüssel informiert bereits in den Monats-Newslettern. Auch ist der Städte und Gemeindebund in Brüssel vertreten und informiert bereits die Kommunen. Der Landtag Brandenburg hat inzwischen auch ein Europareferat und eine Kontaktstelle in Brüssel. Die Informationen sind also da.

Woran es mangelt ist die tatsächliche Bekanntheit der Arbeit des Ausschusses der Regionen in der EU! Diese Arbeit muss besser für die Interessen der Regionen, z.B. Brandenburgische/polnische Regionen genutzt werden.

ERASMUS auf die Kommunalpolitiker*innen ausweiten ist schwierig, denn ERASMUS bezieht sich explizit auf Bildung, Hochschulen und den Austausch von Studienrenden und auch Hoschulangestellten, deswegen eher offene Formulierung nach Ausbau, um neue Zielgruppen zu erschließen.